

Vorlage 022/2021 - Beschlüsse

Betreff: Online-Petition für ein fahrradfreundliches Brandenburg an der Havel

Status: öffentlich **Vorlage-Art:** Petition

Federführend: Petenten

Beratungsfolge:

Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Petitionen	Vorberatung
02.02.2021 Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Petitionen	zur Kenntnis genommen
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung
24.02.2021 Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel	ungeändert beschlossen (022/2021)

02.02.2021 Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Petitionen zur Kenntnis genommen

Frau Sprengel übergab das Wort an die Petenten Herrn Dr. Walter sowie Herrn Dr. Peters.

Herr Dr. Walter führte aus, dass er zusammen mit Herrn Dr. Peters diese Petition initiiert und eingebracht habe.

Es könne sein, dass das eine sehr ungewöhnliche Petition sei. Das, was sie einfordern, seien bereits beschlossene Dinge. Jetzt wünsche man sich eine zügige Umsetzung.

Er sei der Meinung, dass diese Forderungen ganz essenziell für eine notwendige Wende für eine fahrradfreundliche Stadt seien. In Moment sei diese Stadt fahrradfeindlich. Er denke, dass es allen klar sein wird, wenn man sich die Kommentare bei der Online-Petition durchlese. Die Betroffenen stellen klar, dass sie mit dem Fahrrad nicht in der Stadt unterwegs sein wollen, weil es ihnen zu gefährlich sei. Mit dem Rad in dieser Stadt unterwegs zu sein, wird als „Kampfsportart“ bezeichnet.. Die Angst vor Stürzen sei allgegenwärtig. Viele Menschen wollen wegen der Sturzgefahr und dem vielen Verkehr kein Fahrrad fahren. Die Online-Umfrage zeige auf, dass einige Menschen es ausprobiert haben und wegen der schlechten Bedingungen das Fahrradfahren wieder aufgegeben haben.

Man sehe auch, dass es nicht nur die Radfahrer betreffe. Die Fußgänger seien auch betroffen. Viele Radfahrer weichen wegen der katastrophalen Bedingungen auf den Gehweg aus. Hier provoziere man Konflikte mit Fußgängern.

Bei der Umfrage kam auch heraus, dass die Lage bei den Schienenunfällen dramatisch sei. Über 200 Unfälle an Schienen werden verzeichnet. Er sei positiv gestimmt, dass viele Beschlüsse hierzu bereits gefasst wurden. Diese müssen endlich konkret umgesetzt werden. Das bedeute, dass im kommenden Haushalt die entsprechenden Mittel eingestellt werden müssen. Auch müsse man der Verwaltung auf die Finger schauen, damit diese sich in die richtige Richtung bewege.

Eine rad- und fußgängerfreundliche Stadt würde für alle Beteiligten „gut“ sein. Es sei gut für Anwohner und Gewerbetreibende. Es sei gut für Jung und Alt. Es sei gut für die Einheimischen und die Touristen. Er glaube, dass es eine positive Entwicklung für die Stadt sein könnte. In Bezug auf die Forderungen (Reduzierung des Durchgangsverkehrs, Radrouten, Abstellen von Gefahrenquellen bei Schienen, sichere Querungen für Rad- und Fußverkehr an unübersichtlichen Stellen usw.) müsse endlich etwas getan werden. Es müsse mehr Geld für die Ertüchtigung von Rad- und Fußgängerstrukturen in die Hand genommen werden.

Diese Forderungen seien insgesamt so wichtig, wie die Brücke des 20. Jahrestages.

Herr Dr. Peters bedankte sich dafür, dass Herr Dr. Walter und er eingeladen wurden, um hier vorsprechen zu dürfen. Es sei wichtig, hier nochmal kurz Stellung zu nehmen. Er möchte nicht mehr in die Details gehen.

Es liege eine klare Sachlage vor. Die strategischen Konzepte (INSEK, Nahverkehrsplan etc.) seien alle beschlossen. Die Ziele wurden klar definiert. In den Parteiprogrammen der Fraktionen wurden Ziele definiert, die sich nicht nur auf den Autoverkehr beziehen, sondern auf einen ausgeglichenen Verkehr und insbesondere auf viel mehr Investitionen im Bereich Rad- und Fußverkehr.

Es sei sehr schön, dass die Beschlüsse bereits gefasst wurden. Die Maßnahmen wurden definiert. Einige davon seien schon sehr alt (aus 2009). Im letzten Jahr wurden Beschlüsse hinsichtlich dieser Vielzahl an

Verkehren und Radfahrunfällen in Bereichen der Straßenbahnschienen beschlossen. Es wurde festgestellt, wo es Unfallhäufungen gibt. Er gehe davon aus, dass die Stadtverordneten ein gutes und klares Bild von der Situation haben.

Es fehle an der Umsetzung der Beschlüsse. Herr Dr. Peters möchte klarstellen, dass keine Diskussion über die Vergangenheit stattfinden soll. Er möchte nach vorne schauen. Es soll überlegt werden, wie man es besser machen kann und wie die Beschlüsse umgesetzt werden können. Ziel sei es, einen ausgeglichenen Verkehr zu bekommen.

Es soll nicht darüber diskutiert werden, wie etwas „nicht“ geht. Man möchte darüber sprechen, wie etwas besser gehen kann. Wie müssen Maßnahmen umgesetzt werden, damit die Ziele erreichbar sind?

Auffällig sei, dass zum Thema sichere Querung für Fuß- und Radverkehr oder Gefahrenstellen bei Schienen eine umsetzungsorientierte Konzeption zum 01.03.2021 vorliegen sollte, aber nicht im Haushalt verankert sei. Die Konzeption alleine nützt nichts, wenn daraus keine investiven Maßnahmen eingeplant werden. Diese müssen sich im Finanzplan 2022 – 2024 wiederfinden.

Zum Thema Radrouten durch die Innenstadt erwähnte er, dass sich die CDU dieser Problematik angenommen habe. Haushalterisch sei dies aber nicht investiv hinterlegt worden.

Er fordere dafür einzustehen, dass die Gelder entsprechend dem HH-Plan 2021 ff eingestellt werden.

Es sei ihm bewusst, dass zum Thema Verkehrsberuhigung Historische Innenstadt das erfolgt sei. Das sei ein wenig Hoffnung.

Es wäre schön, mehr für den Rad- und Fußgängerverkehr zu unternehmen. Diese Ziele wurden von den Stadtverordneten selbst gesetzt. Es gehe jetzt darum, relativ schnell die Sachen umzusetzen. Er wies darauf hin, dass es Landesförderprogramme im Jahr 2020 dafür aufgelegt worden sind. Das Bundesförderprogramm wurde mit 670 Millionen Euro bis 2023 für die Ertüchtigung von Radfahrwegen neu aufgelegt worden. Dieses Förderprogramm sei jetzt 14 Tage alt.

Herr Beyer erklärte, dass er nur für die FG 66 (Straßen und Brücken) ausführen könne. Diese FG sei für die Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich. Die Petition bezieht sich auf Beschlüsse, die bereits beschlossen wurden. Daher liegen seinerseits keine Einwände gegen diese Petition vor. Als Verkehrsplaner begrüße er es, wenn er mehr finanzielle Mittel bekommen würde, um die Maßnahmen umzusetzen. Es liege an den Stadtverordneten, die entsprechenden Mittel im Haushalt zu beschließen.

Herr Reckow erklärte, dass das Anliegen berechtigt sei. Allerdings mache die Stadt auch eine Menge im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Es müsse dann aus dem investiven Bereich gestrichen werden. Was wird dann nicht gemacht?

Die Mittel im investiven Bereich seien endlich. In diesem Jahr natürlich noch weniger, als vorher, weil die Steuern rückläufig seien. Wenn man dem Anliegen entsprechen will, sollte man gleich sagen, was im Gegensatz dazu gestrichen werden soll.

Es gebe viele Konzepte, die beschlossen sind. Es sollte bewusst sein, dass das nicht immer finanzierbar sei. Man müsse immer irgendwo Prioritäten setzen. Der Radverkehr finde sich in vielen Konzepten wieder.

Er sei für Vorschläge dankbar, wo etwas gestrichen werden soll.

Herr Eichmüller führte aus, dass seit vielen Jahren das Thema Radverkehr präsent sei. Es gab einen Radbeauftragten und es gab das Verkehrsforum.

Er unterstütze die Petition. Aber er müsse auch sagen, dass er als Kontrollgremium/Beschlussfasser was gelernt habe. Selbst wenn eine Mehrheit für einen Beschluss vorliege, werden die Beschlüsse über die Jahre hinweg nicht umgesetzt.

Bestimmte Radwege werden wohl erst 2040/2050 gemacht. Vorher habe er keine Hoffnung.

Als Beispiel nannte er die Uferwegekonzeption. Diese lag sehr lange in der Schublade.

Herr Eichmüller äußerte, dass in den letzten 3 Legislaturperioden Beschlüsse nicht umgesetzt wurden.

Er gebe Herrn Reckow recht, wenn man kein Geld habe, können keine Maßnahmen umgesetzt werden.

Im Falle der Bauhofstraße sehe er das aber anders. Um den Rad- und Gehweg sicherer zu machen, wollte man einen Radweg streichen. Man habe den Zauche-Radweg in Frage gestellt. Der Rochow-Radweg sei nicht gekommen, weil die Schienen nicht verkauft worden sind. Letztendlich konnten alle Wege im Plan aufgenommen werden.

Man habe nicht nur in der Stadt Probleme mit dem Radverkehr. In den Ortsteilen habe man auch Probleme mit den Radanbindungen.

Er meinte, dass man nur jedem Ortsteil empfehlen sollte, sich von der Stadt Brandenburg an der Havel zu trennen. In Wusterwitz sind Rad- und Fußwege sehr schön geworden. Er glaube, dass Potsdam-Mittelmark viel weiter sei.

Auf langer Sicht wird kein Licht am Tunnel erscheinen. Der Radweg durch den Plauer Schlosspark wurde einfach um 4 Jahre weiter rausgeschoben. Die Schulstraße wurde auch verschoben.

Das Sagen haben hier nicht die Stadtverordneten. Das Sagen habe die Stadtverwaltung. Die Gewaltenteilung ziehe sich von Bundes- über die Landesregierung zur Stadtregierung. Letztendlich könne man beschließen, was man will, wenn das Geld nicht da ist, wird es nicht umgesetzt.

Er sei bei den Petenten. Er würde alles machen, um den Radverkehr sicherer zu machen. Er glaube aber nicht, dass es die nächsten 20 Jahre sichtbar besser wird.

Der Kämmerer könne nur Geld ausgeben, wenn er woanders etwas einspart. Selbst wenn sich alle Stadtverordneten einig wären, würden die Beschlüsse nicht umgesetzt werden. Es werden immer Deckungssummen fehlen.

Man müsse es jetzt mit Nachdruck fordern und andere Projekte sausen lassen. Er befürworte die Petition, glaube aber nicht, dass diese umgesetzt wird.

Herr Hoffmann meinte, man müsse jetzt mal sehen, wie die konkrete Formulierung heiße. Es heiße: die Umsetzung der Beschlüsse.

Es sei ärgerlich, dass bestimmte Fördermittel nicht angefordert werden. Es gibt Fördermittel. Es besteht Spielraum. Dann müsse man als Kämmerer den Haushalt entsprechend aufstellen. Eine Haushaltsaufstellung sollte viel früher beginnen und nicht erst, wenn der Haushalt bereits laufe.

Herr Schütt brachte seine Unterstützung zum Ausdruck. Er spreche jetzt für die Seniorengruppe. Die älteren Menschen lassen teilweise schon das Fahrrad am Nicolaiplatz/oder am Neust. Markt stehen. Die Unebenheiten machen den älteren Radfahrern sehr zu schaffen. Ein Teil der Strecke wird dann mit der Straßenbahn zurückgelegt. Die Hauptwege sollten soweit repariert werden, dass man gefahrlos Fahrradfahren kann.

Am Grillendamm ist das Fahrradfahren völlig unmöglich. Es gibt auch Dreiradfahrer. Diese seien gezwungen, auf der Fahrbahn zu fahren. Oftmals muss der ÖPNV den Radfahrern hinterherfahren.

Es sei an der Zeit, Handlungsbedarf zu zeigen. Hier müsse man andere Prioritäten setzen. Die Dinge müssten beschleunigt werden.

Herr Dr. Peters freue sich über die Diskussion. Der Wille müsse schon da sein, dass etwas geändert werden soll. Wenn man wisse, dass ein Beschluss nicht umgesetzt wird, warum wird er dann gefasst? Da müssen die Stadtverordneten etwas tun.

Man rede hier nicht über die Bequemlichkeit von Radfahrern, sondern über Gesundheit und Sicherheit. Es führe zu einer Reaktion bei den Radfahrern. Sie finden Fahrbahnen vor, die nicht fahrfähig sind. Sie weichen somit auf die Gehwege aus. Hier komme es dann zu Konflikten mit den Fußgängern.

Dieses Verhalten wird als Normalfall angesehen. Das Radfahren findet in der historischen Innenstadt auf den Gehwegen statt. Nach der neuen StVO kostet dieses Vergehen z.B. 55,00 Euro. Das sei keine Bagatelle. Durch diese Umstände führen die Radfahrer eine Ordnungswidrigkeit durch. Das stelle eine höhere Priorität dar.

Zu Herrn Reckow sagte er, dass es sehr einfach sei, zu sagen, dass man schauen müsse, was gestrichen werden muss. Er glaube, dass genügend kommunale Mittel eingestellt worden sind, insbesondere die Eigenmittel. Die Frage sei, wie kombiniere man die Eigenmittel mit den Fördermitteln. Er möchte darauf hinweisen, dass der Radweg (Grillendamm, Nordseite) im HH 2017/2018 mit 180.000 Euro veranschlagt ist.

Das werde immer fortgeführt. Der Radweg wurde noch nicht gemacht. Es steht jetzt aber nicht im HH 2021 drin. Dennoch seien die Mittel da. Sie sind jetzt höhere Eigenmittel, wegen Kostensteuerung. Es wurden jetzt Fördermittel beantragt. D.h., die Eigenmittel können um 80% gesenkt werden. Man rede hier über 250.000 Euro, davon 20%; dann habe man 200.000 Euro an Eigenmitteln. Das sollte clever kombiniert werden, dann komme man auf 1 Mio. Euro Investitionsvolumen. Das könne man auch in den Haushalt reinsetzen. Er glaube, das müsse die Strategie sein. Es gehe nicht darum, drauf loszubauen. Es müsse überlegt werden, wie man die Finanzierung clever hinbekomme. Es müsse aber auch die Fachplanung laufen. Es müsse genügend Freiheit und Kapazität vorliegen, um verkehrlich planen zu können.

Er erkenne, dass der Wille da ist, jetzt etwas für einen ausgeglichenen Verkehr zu tun. Er möchte klarstellen, dass er den Autoverkehr nicht verteufele. Die Menschen, die Fahrradfahren wollen, müssen es auch können.

Herr Reckow erklärte, dass die Co-Finanzierung mit Fördermitteln zum Tagesgeschäft gehöre. Sonst könne sich die Stadt fast gar nichts leisten. Die Eigenmittel seien sehr begrenzt.

Er möchte aber daran erinnern, dass bei der Planung des letzten Haushaltes in diesem Haushalt 4 – 5 Millionen Euro mehr für Geh- und Radwege drinstehen. Diese sehe man bloß nicht bzw. stehen nicht im Fokus. Wenn man die Brücke am Altst.Bahnhof baue, dann zahle die Stadt nur den Geh- und Radwegbereich. Das seien aber alleine diese Beträge. Die Straße baue das Land. Wenn man die Bauten am Zentrumsring begleiten müsste, dann gebe man auch hier das Geld für Geh- und Radwege aus. Man habe sehr viele Millionen im Vergleich zu den Planungen zuvor.

Er gehe davon aus, dass die Petenten nur an die Geh- und Radwege in der historischen Innenstadt denken. Objektiv betrachtet seien die natürlich problematisch.

Man könne der Stadt nicht vorwerfen, dass der Radverkehr ignoriert wird. Man gebe eine Menge Geld dafür aus (z.B. die geschliffenen Steine). Das Kopfsteinpflaster ärgere ihn auch.

Man könne nicht überall etwas erneuern. Das belastet den Haushalt nicht nur mit den Mitteln, die für das Neumachen da sind, sondern auch für die Abschreibungen für das Alte, was man mit wegrißt.

Herr Dr. Walter entgegnete, dass der Vorwurf des Nichtstuns nicht im Raum stehe. Er sage, man tue sehr viel zu wenig. Wenn die Geh- und Radwege entlang der Bundesstraßen gemacht werden, schaffe man trotzdem keinerlei Verbesserung. Man halte hier nur den Status quo. Es sei aus allen Konzepten erklärtes Ziel, eine Verbesserung für den Radverkehr vorzunehmen.

Er wies nochmal auf die Förderrichtlinie hin, die zum Austausch von Pflaster mit geschliffenem Pflaster besteht. Dort steht expliziert drin, dass man diese auch nochmal verwenden kann, auch wenn man schon Fördermittel bekommen hat. Hier entfalle dann die Abschreibung.

Herr Reckow erklärte, dass es nicht um das Geld für das Neumachen geht. Die Abschreibungen entstehen dadurch, wenn man das Alte wegmacht. Haushalterisch müsse man auf 0 abschreiben. Das seien Restlaufzeiten über viele Jahre. Eine erhebliche Summe belastet den Ergebnishaushalt.

Er könne durchaus nachvollziehen, dass man zu wenig Fortschritt sehe.

Herr Hoffmann meinte, dass Herr Reckow hier suggeriere, er hätte 4 – 5 Mio. Euro für Radwege ausgegeben. Er wies darauf hin, dass vor vielen Jahren ein Beschluss gefasst wurde, jährlich 100.000 Euro für die Verbesserung der Radwege einzustellen. Dann musste die Verwaltung nochmal „erpresst“ werden, damit die Steinstraße beidseitig radfahrgerecht gemacht wird. Dann war die Motivation der Verwaltung aber auch schon wieder vorbei, weiterhin die Gelder einzustellen, um in der Hauptstraße, Plauer Straße oder Ritterstraße weiterzumachen. Es wurden in den letzten Jahren die 100.000 Euro nicht eingestellt bzw. berücksichtigt worden. Selbst dieser Beschluss wurde nicht umgesetzt.

Frau Sprengel beendete die Diskussion und bat um Vorschläge für die Stellungnahme an die SVV.

Sie hatte das Gefühl, dass im Ausschuss die Stadtverordneten der Petition gegenüber positiv eingestellt seien. Dahingehend sollte auch die Empfehlung gehen.

Sie bat um Vorschläge. Es gab keine weiteren Anmerkungen bzw. Vorschläge.

Frau Sprengel schlug folgenden Wortlaut vor:

Die Petition wird angenommen und das Anliegen der Petenten wird unterstützt. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sollen im Verfahren eingestellt werden.

Sie wies noch daraufhin, dass bei dem Änderungsantrag 031/2021 darauf eingegangen wird und entsprechende Gelder eingeplant werden sollen. Es wurde nicht zusammengelegt, aber vielleicht könnte man in der Stellungnahme darauf verweisen.

Frau Sprengel bat um Gegenvorschläge.

Herr Insel bat um Abstimmung, wie es sonst üblich sei.

Frau Sprengel gab ihren Vorschlag zur positiven Unterstützung und der Einstellung der Haushaltsgelder zur Abstimmung.

Abstimmung:

3 Stimmen dafür
0 Gegenstimmen
4 Enthaltungen

Der Petitionsausschuss hat folgende Empfehlung beschlossen, wie zur Petition Stellung genommen werden soll.

Die Petition wird angenommen und das Anliegen der Petenten wird unterstützt. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sollen im Verfahren eingestellt werden.

Abstimmung:

3 Stimmen dafür
0 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

Dokument 2

Seite 1 von 1

letztes Speichern: 08.02.2021

24.02.2021

Stadtverordnetenversammlung

ungeändert beschlossen (022/2021)

Einreicher:

Petenten Herr Dr. G. Walter und Herr Dr. J. Peters

Anlage 2

Online-Petition – Dokumenten-Nr. 022/2021

Anlage 2 a

Empfehlung des AOSP vom 03.02.2021 zur Petition 022/2021

Anlage 2 b

Stellungnahme der Verwaltung vom 23.02.2021 zur Petition 022/2021

Stellungnahme des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Petitionen (AOSP):

Frau Sprengel: Sie hätten dem Anliegen der Petition stattgegeben und unterstützt, dass Finanzmittel in den Haushalt eingestellt würden, um das Anliegen der Petenten umzusetzen.

Aussprache:

Herr Scheller: Es gebe noch das Schreiben der Verwaltung, welches hoffentlich allen zur Kenntnis gelangt sei. Er persönlich könne irgendwie damit umgehen, was die Stellungnahme des Ausschusses betreffe. Jedoch empfinde er die Stellungnahme mit Blick auf das Anliegen der Petenten als ein wenig zu dünn. Möglicherweise könne man die Stellungnahme unter Einbeziehung dessen, was die Verwaltung geschrieben habe, noch mit einfließen lassen und mit Blick auf eine zu verfassende Stellungnahme der SVV noch

anreichern. Ersatzweise könne er vorschlagen, dass man sich das, was die Verwaltung geschrieben habe, zu eigen mache. Er denke, dass es dem Anspruch der Petenten, eine vernünftige Stellungnahme zu bekommen, eher gerecht werden würde. Aber das müsse der Ausschuss dann entscheiden, wie er damit umgehen wolle.

Herr Schaffer: Sie wären schon wieder an diesem Punkt Petitionen. Er wisse, dass sich das Haus mit dem Umgang der Petitionsordnung immer ein wenig schwertue. Herr Scheller habe es kurz schon anklingen lassen: Der Petent erhalte eine Stellungnahme und keine Wertung, egal ob die Stadtverordneten es nun annehmen oder nicht. Insofern wäre auch sein Wunsch, dass die Petition nochmals in den Ausschuss verwiesen werde, dort diese Stellungnahme mit dem Petenten nochmals durchgesprochen und ihm dann übersandt werde.

Frau Sprengel: Sie hätten sich natürlich rückversichert, ob dies ausreichend wäre, zumal auch ein Mitarbeiter der Verwaltung anwesend war. Indem auch schon so viele Beschlüsse zu diesem Anliegen gefasst wurden, habe die Stadtverordnetenversammlung eigentlich ein klares Votum zu dem Anliegen und müsse nicht eine lange Stellungnahme schreiben. Die Beschlüsse sprächen eigentlich für sich und sollten nun umgesetzt werden.

Herr Paaschen: Es gebe ja eine Petitionsordnung, welche besage, dass zu dem Anliegen des Petenten eine Stellungnahme gegeben werde. Und über diese Stellungnahme müsse die SVV abstimmen. Der Ausschuss habe nun nur vorgelegt, dass die Petition angenommen werde. Jeder habe das Recht, eine Petition einzureichen - unabhängig vom Inhalt - und dann auch ein Recht auf eine Stellungnahme. Er müsse über eine Stellungnahme abstimmen lassen und nicht nur über den Satz „Die Petition werde angenommen“, denn sie seien verpflichtet, jede Petition anzunehmen, sie zu besprechen, eine Stellungnahme zu verfassen und diese weiterzuleiten. Das, was der Ausschuss hier vorlege, sei nach seiner Auffassung nicht abstimmungsfähig, aber da könne man auch Frau Warnke nochmal hören.

Herr Schaffer stellte den **Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in die Ausschüsse**.

Frau Lang: Wenn sie zurückschaue, sei es bis jetzt bei jeder Petition so gewesen, dass die Beschlüsse des Petitionsausschusses beanstandet wurden, und zwar erst zur SVV. Sie frage sich nun, warum es dann nicht schon vorher eine Info dazu gebe.

Sie hätten im vorletzten Ausschuss Frau Warnke dabeigehabt, die ihnen ein Formular einer Stellungnahmestruktur gegeben habe. Darin stünde auch nur, dass es ein Votum des Petitionsausschusses geben solle. Darunter sollten die Diskussionen zu dem Thema aus den Protokollen heraus dargestellt werden, wie sie im Ausschuss und in der SVV geführt wurden und diese dem Petenten dazugegeben werden. Aus diesen Protokollauszügen könne man demzufolge nachvollziehen, warum der Ausschuss und dann letztlich auch die SVV wie entschieden habe. Sie seien keine Juristen oder Fachleute, die zu bestimmten Themen Abhandlungen schreiben könnten. So habe sie es auch nicht verstanden, was sie von Frau Warnke als Handreichung bekommen hätten. Sie frage sich nun, warum das nun wieder in der SVV moniert werde und nicht vorher und warum sie das dann nicht so fortführen könnten, wie es ihnen gegeben wurde, und zwar auch noch zu einem Thema, was keinem unbekannt wäre, da es ja schon in der SVV beschlossen wurde. Es gehe ja auch darum, dass Beschlüsse umgesetzt werden.

Herr Paaschen: Er möchte anmerken, dass eine Petition kein Bürgerantrag sei, über den entschieden werde. Hier werde nur entschieden, wie dem Petenten geantwortet werde und welche Maßnahmen möglicherweise seitens der Stadtverwaltung einzuleiten seien.

Frau Patz: Ein Votum sei eine Stellungnahme. Sie wisse gar nicht, was man noch mehr haben wolle. Der Ausschuss habe ein Votum abgeben und das sei eine klare Stellungnahme, über die abgestimmt werden könne.

Herr Holzschuher: Er wolle sich dem anschließen. Er habe natürlich gehofft, dass im Ausschuss mit Frau Warnke zusammen geklärt werde, wie man damit umgehen solle. In der Sache werde nicht unbedingt angenommen, dass gleich zwingend etwas umgesetzt werden müsse, sondern sie unterstützten etwas, wenn sie die Petition annehmen. Dem Petenten werde es egal sein, ob man es „unterstützen“ oder „annehmen“ nenne, sondern dieser wolle wissen, ob man zu seinem Anliegen stehe. Und Herrn Holzschuhers Meinung nach wäre das dann der Antrag: Wenn die SVV das beschließe, sähen sie es genauso. Der Petent wisse, dass es nicht unbedingt in konkrete Handlungen münden müsse. Dieser wolle letztlich nur initiieren. Die Abstimmung müsse er so oder so hinnehmen.

Herr Nowotny: Als fundamentaler Fahrradfahrer setze er sich natürlich auch für die Fahrradfahrer der Stadt ein. In diesem Fall sei ihm die Stellungnahme des Ausschusses jedoch auch zu dünn. Da die Fraktion keinen Vertreter im Ausschuss habe, konnte sie auch keinen Einfluss nehmen. Er schließe sich daher dem Angebot

des Oberbürgermeisters an und würde der SVV empfehlen, der ausführlichen Begründung des Oberbürgermeisters zu folgen und diese dem Petenten mitzuteilen.

Frau Sprengel: Sie wisse zum einen genau, dass in der Stellungnahme „unterstützen“ stehe und nicht „annehmen“, zum anderen sei die Diskussion im Ausschuss genauso dünn gewesen wie die Stellungnahme. Es habe eigentlich nur einen Dialog zwischen zwei Fürsprechern gegeben, sodass sie daraus nicht wirklich etwas hatten rekonstruieren können außer der eigentlichen Abstimmung, welche die Unterstützung ausgedrückt hätte. Das wäre auch das Bild in der Diskussion gewesen, niemand habe sich dagegen ausgesprochen. Klar wäre nur, dass es darum ginge, Beschlüsse umzusetzen, über die schon lange diskutiert werde. Ihnen sei klar, dass dies kein Beschluss sei. Sie hätten letztlich das gemacht, was die Petitionsordnung besage und dies abgestimmt. Eine längere Stellungnahme sei dazu einfach nicht nötig.

Herr Scheller: Er möchte Herrn Nowotny dafür danken, dass von ihm das, was Herr Scheller gesagt habe, aufgegriffen worden sei. Die SVV entscheide mit Mehrheit, was Inhalt der Stellungnahme sein solle. Und sollten es diese zwei Sätze des Petitionsausschusses mehrheitlich sein, dann sei es so. Sein Vorschlag wäre nur, dass ihm das - wie Herr Nowotny auch bemerkte - zu dünn sei. Mit Blick auf das Engagement der zwei Petenten entstehe dort nur ein kleines Ungleichgewicht. Diese Arbeit müsse gemeinsam geleistet werden, wenn man mehr als zwei Sätze schreiben wolle. Er selbst sei damit im Reinen, da es neben der Petition eine E-Mail von einem der Petenten an Herrn Müller und ihn gegeben habe, die er auch ausführlich beantwortet habe. Insofern wüssten die Petenten, bzw. Vertreter der Petenten, was seine Meinung dazu sei. Wenn man nun heute keine längere Stellungnahme wünsche, dann sei es ihm auch recht. Er werde sich an der Stelle dann lieber zurückhalten.

Geschäftsordnungsantrag:

Herr Schaffer: Er möchte vorschlagen, dass über die Stellungnahme der Verwaltung abgestimmt werde, ob diese dem Petenten zugehe. Dann sei man auch wieder im „Fahrplan“ der Petitionsordnung.

G e g e n r e d e :

Frau Marx: Grundsätzlich könne sie dem Geschäftsordnungsantrag folgen. Sie bitte jedoch um Verständnis. Sie kenne die Stellungnahme der Verwaltung jetzt seit ca. fünf Minuten. Warum hätte sie das nicht früher bekommen können? Sie könne es inhaltlich in so kurzer Zeit nicht prüfen und sich daher der Stellungnahme der Verwaltung nicht anschließen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag, die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung als Stellungnahme zur Petition zu nutzen:

13 Stimmen dafür
19 Gegenstimmen

Der Geschäftsordnungsantrag wurde abgelehnt.

Abstimmung über die Empfehlung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Petitionen:

18 Stimmen dafür
19 Gegenstimmen
7 Stimmenthaltungen

Herr Scheller: Er bitte den Ausschuss darum, die Petition nochmals auf die nächste Tagesordnung des Ausschusses zu nehmen. Es gebe die Situation, dass nach der Kommunalverfassung der Petent einen Anspruch auf eine Stellungnahme habe. Jetzt gebe es heute ja keine mehrheitliche Entscheidung, wie diese Stellungnahme aussieht. Daher möchte der Ausschuss sich bitte nochmals damit befassen, damit dann in der nächsten SVV eine neue Empfehlung des Ausschusses vorliege und die Stadtverordneten sich mehrheitlich zu einer Empfehlung positionieren können.

Die Fraktion DIE LINKE stellen den Antrag, auf Wiederholung der Abstimmung über die Empfehlung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Petitionen.

Beschlusstext:

„Die Petition wird angenommen und das Anliegen der Petenten wird unterstützt. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sollen im Verfahren eingestellt werden.“

Wiederholung der Abstimmung:

18 Stimmen dafür
17 Gegenstimmen
einige Stimmenthaltungen

Die Stellungnahme des Petitionsausschusses wurde bestätigt.

Dokument 2

Beschluss-Nr. 022/2021

Seite 1 von 1

letztes Speichern: 04.03.2021